

Skriptzusammenfassung WiPo

1) Normative Ökonomik

Grundlagen: Normativer Individualismus

Vertragstheoretische Staatsbegründung

Wirtschaftspolitik in der Demokratie

2) Wohlfahrt, vollständige Konkurrenz, effiziente Allokation

Wohlfahrtsökonomik und Paretokriterium

Wohlfahrtsökonomische Marginalbedingungen

Marktversagen als Begründung für Wirtschaftspolitik

3) Externe Effekte, Umweltpolitik, Innovationspolitik

Definition externer Effekte und Schädigung

Lösungsansätze bei externen Effekten

Öffentliche Güter

4) Wettbewerb: Beschränkungen und Politik

Wettbewerbsbeschränkungen

Exkurs: Dynamischer Wettbewerb um Innovationen

Wohlfahrtsökonomische Beurteilung

Kartelle: Bildung, Verbot, Ausnahmen

Unternehmenskonzentration, Zusammenschlüsse, Fusionskontrolle

Missbrauchsverbot für Marktbeherrschende Unternehmen

5) Unteilbarkeiten, nat. Monopol, Regulierung

Probleme der Funktionsfähigkeit der Märkte

Wirtschaftspolitische Regulierung natürlicher Monopole

Eingrenzung des Aktivitätsbereiches

Preisregulierungen

6) Informationsmängel und Verbraucherpolitik

Marktversagen durch asymmetrische Information (Adverse Selektion, Moral Hazard)

Verbraucherpolitische Lösung bei asymmetrischer Information

Marktlösung bei asymmetrischer Information (Screening, Signaling)

7) Sozialpolitik

Grundsätzliches

Sozialpolitik in Deutschland

Normative und theoretische Begründungen der Sozialpolitik

Ziele der Sozialpolitik

8) Probleme und Grenzen staatl. Wirtschaftspolitik

Ursachen des Staatsversagens

Wirtschaftspolitische Lösungen

Exkurs: Herausforderungen und Chancen im globalisierten Standortwettbewerb

1) Normative Ökonomik

Grundlagen: Normativer Individualismus

Recht auf individuelle Freiheit (und eigenen Präferenzen für größten Nutzen) begründet:

1. Individuen sind einzige Quelle von Werten in Gesellschaft
(aber wie Präferenzen aggregieren um zu Entscheidungen zu kommen?)
2. Individuen haben das Recht Ihre eigenen Ziele zu verfolgen
(aber wo hört die Freiheit des einen auf und beginnt die des Anderen?)

Ableitung normativer Ansätze daraus:

1. **Wohlfahrtsökonomische/ Utilitaristische:** Maximierung der Wohlfahrt der Gesellschaft, die sich aus Aggregation der individuellen Wohlfahrten ergibt
2. **Vertragstheoretische / Konstitutionenökonomische:** Freiwillige Zustimmung (Tausch, Vertrag, etc.) als zentrales normatives Kriterium

Vertragstheoretische Staatsbegründung

1. Gesellschafts- und Verfassungsvertrag

Problem: Naturzustand ist Anarchie ohne rechtliche Bindungen zwischen Individuen

- Leben und Besitz müssen selbst verteidigt werden -> hohe Unsicherheit und Verteidigungskosten
- Kollektive Problemlösung kaum realisierbar, da hohe TAK und Trittbrettfahrer -> ökonom. Ineffizienz

Lösung: Aufgabe eines Teils der individuellen Freiheit an Staat mit absoluter Gewalt, Staatslegitimierung durch multilateralen Vertrag zwischen allen Mitgliedern einer Gesellschaft. Da schwer umsetzbar stattdessen Konsens über Verfassungsvertrag für zweistufige Staatsausprägung:

- **Rechtsschutzstaat:** Beschränkt eine Bestimmte Freiheit für alle gleich (z.B. Verbot von Diebstahl), sichert so Eigentumsrechte
→ Erhöhung Investitionssicherheit & Reduktion Verteidigungskosten
- **Leistungsstaat:** Erhebt Zwangsabgaben zur Bereitstellung von für alle gleichen Leistungen und zur Umverteilung zur Grundsicherung
→ Bereitstellung öffentlicher Güter möglich (ggf. effizienter als individuelle Bereitstellung)
→ gegenseitige Absicherung gegen Armut möglich (Sozialpolitik)

Aber: Individuen kennen diese Probleme und Lösungen oft noch garnicht zu dem Zeitpunkt, an dem Sie dem Vertrag zustimmen müssten.

2. Ambivalenz des Staates

Problem: Auch nach Zustimmung haben Individuen Anreiz, von den festgelegten Regeln abzuweichen (z.B.: Diebstahl ist verboten, aber die Chance entdeckt zu werden ist < 1), um individuelles Spielergebnis zu verbessern. Da dies bekannt ist, stecken alle Spielteilnehmer in Gefangenendilemma und ein Gleichgewicht stellt sich nicht an der alloktionstheoretisch effizientesten Stelle ein.

Lösung: Staat als Sanktionierungsinstanz verfügt über ausreichendes Gewaltmonopol, um Regeln durchzusetzen und Zwangsabgaben zu erheben.

Aber Principal-Agent-Problem: Wenn der Staat Instrument der Bürger sein soll, aber mächtiger als diese sein muss, wie kann er dann kontrolliert werden? → Gewaltenteilung, konstitutionelle Beschränkungen

3. Postkonstitutionelle Entscheidungen

Problem: Einstimmigkeitsregel macht Entscheidungen schwerfällig und ermöglicht Erpressung durch Individuen per Veto

Lösungen:

- Einstimmigkeit nur auf konstitutioneller Ebene (bzw. qualifizierte Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen in Deutschland)
- Unterschiedliche Entscheidungsregeln für unterschiedliche Entscheidungsbereiche (Gesetze, öffentliche Leistungen, Steuern)
- Aber: Gefahr der Ausbeutung der Minderheit durch die Mehrheit

Wirtschaftspolitik in der Demokratie

Grundlagen

Problem: Umsetzung der Präferenzen/freiwilligen Zustimmung in praktische (Wirtschafts-) Politik, da hohe Konsensfindungskosten

Lösung sind Politische Märkte und Wettbewerbe:

- Parteien als Anbieter von Lösungen (Leistungen, Regeln, Steuern) per Wahlprogramm
- Bürger als Nachfrager (nach Leistungen, Ausgestaltung Regeln und Steuern) per Wahlstimme
- Maximierungswettbewerb der Parteien um Wählerstimmen
- Bürger kann mit Abwahl der Regierung drohen, um sicherzustellen, dass Politik sich an seinen Interessen orientiert: Verhinderung von Principal-Agent-Problem zwischen Bürger, Partei und Staat

Aber: Rent-Seeking-Problem, da Interessengruppen versuchen könnten, ihre Interessen gegen die der Allgemeinheit bei Politikern durchzusetzen - wie müssen also Regeln für politische Entscheidungen gestaltet sein, damit sich Politik an aggregierten Präferenzen der Individuen orientiert?

Notwendigkeit

- Mangelnde Funktionsfähigkeit von Märkten / Marktversagen (zB. Wettbewerbs-, Informations-, Stabilisierungsprobleme)
- Marktergebnisse nicht akzeptabel: Markt an sich funktioniert, aber Ergebnisse sind nach gesellschaftlicher Meinung nicht optimal (zB. Landwirtschaft, Einkommensverteilung, Grundsicherung)

Daher Einsatz der Wirtschaftspolitik zur Korrektur der Funktionsmängel und gesellschaftlich nicht akzeptierter Ergebnisse.

2) Wohlfahrt, vollständige Konkurrenz, effiziente Allokation

Wohlfahrtsökonomik und Paretokriterium

Grundsätzliche Annahmender vollständigen Konkurrenz / mikroökonomisch-theorisch:

- Gegebene: Ressourcenausstattung, konstante Präferenzen, konstante Produktionstechnik und Produktauswahl
- Homogenität der Güter bei vollständiger Markttransparenz, freie Auswahl darunter
- Atomistische Marktstruktur bei freiem Marktzu- und austritt
- Unbegrenzte Mobilität und Teilbarkeit der Produktionsfaktoren und Güter
- unendlicher Reaktionsgeschwindigkeit
- Keine technologischen externen Effekte

Grundsätzliche Annahmen pareto-normativ:

- ordinales Nutzenkonzept: nur Rangfolge des Nutzens messbar, aber keine Messung der Abstände/absoluten Höhe
- kein Vergleich des Nutzens zwischen den Individuen möglich

Pareto-Kriterium: Mindestens ein Individuum wird durch Handlung besser gestellt (pareto-superior), ohne das ein anderes schlechter gestellt wird. Das Kriterium nimmt eine bestimmte Ausgangsverteilung an, ohne diese selber Beurteilen zu können! Daher kann Wohlfahrtsökonomik keine Verteilungsfragen beurteilen.

Pareto-Optimalität: Gesellschaftlicher Zustand, in dem niemand mehr besser gestellt werden kann (ohne wen anders schlechter zu stellen) -> effiziente Allokation erreicht

Wohlfahrtsökonomische Marginalbedingungen

Einführung: Frage nach effizienter Allokation unter Annahmen der vollständigen Konkurrenz wird mit Erfüllung der Marginal- und Totalbedingungen beantwortet.

<u>1. Bedingung</u> <u>Produktionsoptimum</u>	Allokation der Faktoren auf Güterproduktion ist dann pareto-optimal, wenn die GRTS der Faktorsubstitution für alle Güter identisch ist.	<i>Kurve effizienter Produktion verbindet alle dieser Punkte auf Isoquanten in Edgeworth-Box <-> Transformationskurve</i>
<u>2. Bedingung</u> <u>Tauschoptimum</u>	Die Güteraufteilung auf Individuen ist dann pareto-optimal, wenn die GRS der Gütersubstitution für alle gleich ist.	<i>Kurve effizientesten Tausches verbindet alle dieser Punkte auf Nachfragekurven in Edgeworth-Box <-> Nutzenmöglichkeitenkurve</i>
<u>3. Bedingung</u> <u>Simultanes Optimum</u>	Liegt vor, wenn GRTS und GRS gleich sind als Kombination der ersten und zweiten Bedingung. Ergibt Optimum Optimorum auf Wohlstandsgrenze.	Aber: Optimum kann nicht aus individuellen Indifferenzkurven abgeleitet werden und hiermit also keine Verteilungsfragen gelöst werden.

Annahme: Unter Vorliegen eines Marktgleichgewichtes bei vollständiger Konkurrenz (Also: Marktträumung, sozialer Überschuss aus CS + PS, Maximierung des Überschusses durch

Gleichgewichtspreis) führen die dezentralen, individuellen Optimierungsentscheidungen zu gesamteffektiver Allokation bzw. Pareto-Optimalität.

Marktversagen als Begründung für Wirtschaftspolitik

Führt Markt nicht zu effizienter Allokation, liegt Marktversagen vor, Ursache ist Abweichung von Modellannahmen der vollständigen Konkurrenz:

- Wettbewerbsprobleme: Keine atomistische Marktstruktur, Unteilbarkeiten
- Umweltprobleme: Externe Effekte
- Informationsprobleme: Keine vollständige Markttransparenz

→ Politische Maßnahmen zur Beseitigung/Verminderung der Probleme nötig.

Kritiken:

- Annahmen sind nie vollständig zu erfüllen, daher läge dauerhaft Versagen und die Notwendigkeit von Eingriffen vor
- Sind einzelne Bedingungen nicht erfüllbar, so kann zumindest versucht werden, eine Second-Best-Lösung zu finden - aber auch das verbessert die Allokation nicht zwangsläufig und ist wegen der Ordinalität der Nutzenfunktionen auch nicht mit anderen Allokationen zu vergleichen
- Modell an sich ist unzureichend: Nur statische Theorie, keine TAK berücksichtigt
- Effiziente Allokation ist nicht einziges politisches Ziel, auch Verteilung, Fortschritt, Stabilisierung und Freiheit sind wichtig
- Nicht optimale Staatsfunktion unberücksichtigt, daher Abwägen zwischen Markt- und Staatsversagen:
 - Agenten/Politiker verfolgen evtl. andere Interessen als Ihre Prinzipale/Bürger -> Missbrauchsgefahr
 - Begrenztes Wissen der politischen Akteure über ökonomische Steuerung -> Inkompetenzgefahr

Also:

- Wohlfahrtsökonomik als WiPol.-Konzept nicht ausschließlich geeignet
- Ergänzung durch Theorien z.B. zu TAK, dynamischem Wettbewerb (Innovationen)
- Berücksichtigung weiterer Ziele wie z.B. dyn. Effizienz (techn. Fortschritt), Verteilungsziele
- Einkalkulation des Staatsversagens und Abwägung, Vergleich staatlicher Institutionsgestaltung

3) Externe Effekte, Umweltpolitik, Innovationspolitik

Definition externer Effekte und Schädigung

Ausprägung	Art	Problem
Positiv	<u>Technologisch</u> Direkte Auswirkungen zwischen Produktions- und Konsumfunktionen mehrerer Akteure <u>Pekuniär</u> Indirekte Auswirkungen, über Märkte vermittelt (Preisveränderungen, veränderte Knappheiten)	<u>Trittbrettfahrerproblem</u> Verursacher erhält keinen Ausgleich/Ertrag für erzeugen des pos. Effektes -> Anreiz zur Bereitstellung sinkt
Negativ	<u>Technologisch</u> Direkte Auswirkungen zwischen Produktions- und Konsumfunktionen mehrerer Akteure <u>Pekuniär</u> Indirekte Auswirkungen, über Märkte vermittelt (Preisveränderungen, veränderte Knappheiten)	<u>Schädigung ohne Kompensation:</u> Verursacher hat nur <i>privaten Kosten</i> zu tragen bei höherem Nutzen, die Geschädigten aber ebenso welche -> <i>soziale Zusatzkosten</i> -> Verzerrt die Anreize für die Akteure -> alloкатive Ineffizienz

Generelles Problem externer Effekte: Unvollständige Ausschließbarkeit durch mangelnde Eigentumsrechte

Schädigungsumfang / Schadensreduzierung

[Grafik siehe Skript oder FWE, aus urheberrechtlichen Gründen entfernt!]

Beispiel: Technologischer Externer Effekt

[Grafik siehe Skript oder FWE, aus urheberrechtlichen Gründen entfernt!]

Konsequenz: Preis Schädiger zu niedrig -> Menge zu hoch; Preis Geschädigter zu hoch -> Menge zu niedrig

Lösungsansätze bei externen Effekten

Grundsätzliches

Internalisierung der externen Effekte: Verursacher soll zusätzliche soziale Kosten übernehmen und mit in Entscheidungsfindung einbeziehen bzw. Mitbenutzer sollen Investitionskosten des Erzeugers mitbezahlen, um Anreiz für Erstellung zu schaffen.

Beurteilung der Internalisierungsmöglichkeiten nach:

- Statische Effizienz = Kostenoptimalität, Markteffizienz
- Dynamische Effizienz = Innovationsanreize, Möglichkeit des Marktein-/austritt
- Treffsicherheit = Praktikabilität

Internalisierung negativer Effekte (am Beispiel der Umweltpolitik)

Maßnahme	Eigenschaft	Beispiele	Beurteilung (stat., dyn., Treff.)
Moralische Appelle			schlecht, keine Anreize
Gebote, Verbote, Auflagen <i>Umweltpolitisch vorherrschendes Instrument</i>	Ansteuerung optimales Schädigungsniveau durch öff.-rechtl. Regelungen.	<ul style="list-style-type: none"> • Emissionsauflagen (Grenzwerte) • Auflagen für Produktion 	<ul style="list-style-type: none"> • i.d.R. schlecht • schlecht (geringe Innovationsanreize) • eingeschränkt (da große Informationsprobleme)
Steuer und Abgaben: Pigousteuer	Steuer je <i>Mengeneinheit der Produktion</i> , die S zu effizienter Lösung lenkt. Optimum so festgelegt, dass Kosten zus. Emission = GN zus. Einheit	<ul style="list-style-type: none"> • Mineralölsteuer • Tabaksteuer • Ökosteuer 	<ul style="list-style-type: none"> • gut, Vorteile ggü. Auflagen, Verteilung kosteneffizient auf versch. Verursacher • gut, Vorteile ggü. Auflagen • eingeschränkt, da Informationsprobleme
Steuer und Abgaben: Preis-Standard-Ansatz	Abgabe pro <i>Mengeneinheit der Schädigung</i> , Anstreben eines bestimmten Schädigungsausmaßes. Keine Optimum festlegbar, da Informationsmängel	<ul style="list-style-type: none"> • Mineralölsteuer • Tabaksteuer • Ökosteuer 	<ul style="list-style-type: none"> • gut, Vorteile ggü. Auflagen • gut, Vorteile ggü. Auflagen • eingeschränkt, da Informationsprobleme <i>Verteilung kosteneffizient auf versch. Verursacher</i>
Verhandlungslösung: Coasetheorem	Externe Effekte werden (vorausgesetzt TAK = 0 und property rights definiert) in Verhandlungen gesamtwirtschaftlich effizient gelöst - egal wie property rights Ausgangsverteilt sind	<ul style="list-style-type: none"> • Ohne S-Haftung: S zahlt Entschädigung • Mit S-Haftung: GS bezahlt für Unterlassung <i>Jeweils bis GK d. Vermeidung = Grenzscha-</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • prinzipiell erreichbar • mit Schadenshaftung: ja • ohne: Anreizprobleme • prinzipiell erreichbar <i>Vorteil: Staatseingriff unnötig</i> <i>Nachteile: TAK-Problem, Anwendbarkeit begrenzt (nur bi- und tlw. multilateral)</i>
Handelbare Schädigungsrechte: Zertifikate	<ul style="list-style-type: none"> • max. Schädigung wird festgelegt, Emissionsrechte müssen zur Verursachung erworben werden • Rechte frei handelbar = Marktpreis • Ausgangsverteilung: nach bisheriger Emission oder direkte Versteigerung 	<ul style="list-style-type: none"> • Emission kann nach Region festgelegt werden • Langfristige Reduzierung durch periodische Kürzung der Zertifikatsanzahl möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • gesichert, Unternehmen mit höchstem Vermeidungsaufwand nutzen Zertifikate • gesichert, da Anreiz per Innovationen Schädigung zu verringern und Rechte zu verkaufen • Umfang d. Schädigung kann genauer festgelegt werden, aber praktisches

			Problem der Regionsabgrenzung
Haftungsrechtlich: : Gefährungshaftung	Haftung des S für durch ihn entstehende Schäden	• Produkthaftung	• gegeben • gegeben • Informationsprobleme bei S
Haftungsrechtlich: Verschuldungshaftung	Haftung des S für durch ihn entstehende Schäden, wenn Verschulden vorliegt (rechtlich definiert)	• Unfallschäden	• gegeben, aber Sorgfalts- niveau nicht exakt definierbar • geringere Risikovermeidungsinnovationsanreize • Informationsprobleme bei Gerichten

Internalisierung positiver Effekte (am Beispiel der Innovationspolitik)

Problem: Zu wenig Anreize auf Märkten für Innovation / F&E; ist staatliches Eingreifen/Förderung nötig?

Ursachen:

- zu schnelle Imitation, Investition in Innovationen rentiert sich nicht
- mangelnde Aneignbarkeit des Innovationsvorteils (v.a. bei Grundlagen- und angewandter Forschung)
- Führt zu Unterinvestition in F&E (pos. ext. Effekt für Imitator)

Lösungen:

Maßnahme	Eigenschaft	Beispiele	Beurteilung (stat., dyn., Treff.)
Eigentumsrechtliche Lösung	Urheber bekommt zeitl. befristetes Monopol durch Verbot von Imitationen	• Urheberrecht • Patentrecht	• Monopolpreis führt selbst wieder zu allok. Ineffizienzen • Hoher Innovationsanreiz • Faktisch u.U. schwer durchsetzbar
Subventionen für Produktion	• Direkt aus Steuermitteln • Indirekt aus Abgaben	• Staatliche Förderung • Abgabe auf Kopiergeräte etc. (ZPÜ) als Inputgüter bzw. Verteilung über Verwertungsgesellschaften an Produzenten (GEMA, VG Wort)	
Pigou-Subvention	Umgekehrt zu Pigousteuer, ebenso festgelegtes Optimum		• Gut • Gut • Eingeschränkt, da Informationsprobleme <i>Finanzierungsproblem!</i>

Öffentliche Güter

Kriterien:

1. (Nicht-)Ausschließbarkeit: Sind Dritte von der Nutzung ausschließbar? Nur dann Preis für Nutzung erzielbar
2. (Nicht-)Rivalität: Beeinträchtigt die Nutzung des Gutes durch Einen die Nutzung durch Andere (also GK zus. Nutzung größer Null)?

[Grafik siehe Skript oder FWE, aus urheberrechtlichen Gründen entfernt!]

Probleme:

1. Bei Nichtausschließbarkeit: Kein Anreiz für andere Individuen, sich an Finanzierung zu beteiligen
→ Trittbrettfahrerverhalten bzw. Gefangendilemma: Individuell rational, aber kollektiv irrational.
2. Bei Nichtrivalität: Preis soll theoretisch gleich GK also gleich Null sein
→ Kein Produktionsanreiz, da keine Kostendeckung

Also: Ohne Finanzierung/Kostendeckung erfolgt keine Bereitstellung → allokative Ineffizienz. Öffentliches Gut somit Extremform positiver externer Effekte mit zu geringer privater Bereitstellung.

Lösungen:

- Ausschließungstechnologien: z.B. individuelle Abrechnung wie Straßenmaut
- Staatliche Bereitstellung: Steuerfinanzierung durch Leistungsstaat ↔ vgl. Subventionslösung.
Bereitstellung impliziert *nicht* Produktion durch Staat selbst, da Trittbrettfahrerproblem nur in der Finanzierung (siehe Abfallentsorgung, Feuerwehr, Grundlagenforschung)

4) Wettbewerb: Beschränkungen und Politik

Wettbewerbsbeschränkungen

Arten	Ausprägungen
Staatliche	<ul style="list-style-type: none"> • staatl. Monopole • Marktzutrittsschranken (z.B. Regulierungen) • Protektionismus (z.B. Zölle, Quoten)
Private durch Wettbewerb er selbst	<ul style="list-style-type: none"> • Kooperation: Kartelle (z.B. Preisabsprachen), Kollusion (z.B. Parallelverhalten) • Konzentration: Unternehmenszusammenschlüsse (z.B. Fusionen) • Behinderung: von Konkurrenten (z.B. Missbrauch marktbeherrschender Stellung)
Private durch nat. Monopol	<ul style="list-style-type: none"> • Unteilbarkeiten • Subadditivität der Kostenfunktion

Problem: In Monopol zerfällt die reduzierte Konsumentenrente ggü. nur zum Teil in Monopolgewinn, zum anderen Teil in allokativen Ineffizienzen ("Dead weight loss")
 [Grafik siehe Skript oder FWE, aus urheberrechtlichen Gründen entfernt!]

Exkurs: Dynamischer Wettbewerb um Innovationen

Definition: Dynamische Wettbewerbskonzeption zielt auf techn. Fortschritt und neues Wissen als Determinante wirtschaftlicher Entwicklung → dynamische Effizienz

Interpretationen	Annahmen
Dynamischer Innovationswettbewerb	<ul style="list-style-type: none"> • Arten von Innovationen: Produkt-, Verfahrens-, Organisationsinnovationen • Ständiger dynamischer Rivalitätsprozess: Vorstoß mit Innovation bringt temporären Vorsprungsgewinn (bei Produkten z.B. kurzfristige Monopolgewinne), Konkurrenten ziehen nach durch Imitation oder ebenfalls Innovation • Generierung und Verbreitung des technischen Fortschritts als Triebkraft wirtsch. Entwicklung
Entdeckungsv erfahren	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmen haben nur Hypothesen über Konsumentenpräferenzen etc. • Wettbewerber probieren daher Innovationen auf dem Markt aus (trial and error) • Konsumenten als Entscheider: Durch Gewinne/Verluste Rückkopplung an Anbieter

Wohlfahrtsökonomische Beurteilung

Sollzustand (normativ): Neoklassische vollständige Konkurrenz

Problem durch Monopol und Oligopol:

- Marktmachtproblem (Ausbeutung Konsumenten)
- Allokationsverzerrung (P zu hoch, X zu niedrig) → Dead weight loss

Kritik an Sollzustand (neoklassisch-wohlfahrtsökonomischer Wettbewerb):

- nur effiziente Allokation beurteilt (normativ)

- unrealistische Modellannahmen
- Probleme mit economies of scale
- dynamische Effizienz bzw. Innovationswettbewerb nicht betrachtet

Lösung: Einbeziehung des *potentiellen* Wettbewerbs bei offenen Märkten

- Theorie der contestable markets
- Ohne MZS/MAS müssen sich auch etablierte oder nicht atomistisch kleine Anbieter verhalten wie unter vollst. Konkurrenz, da neue Wettbewerber sofort eintreten könnten
- potentieller Wettbewerb kann aktuellen Wettbewerb ersetzen, sofern keine sunk costs

Kartelle: Bildung, Verbot, Ausnahmen

Definition: Koordination bestimmter Parameter zwischen Wettbewerbern (Preise, Produkte, regionale Märkte etc.), Beurteilung nach Marktmacht und allokativer Ineffizienz.

Koordination..

- ..rechtlich verbindlich: Kartellverträge
- ..rechtlich unverbindlich: abgestimmtes Verhalten oder Parallelverhalten/Kollusion

Probleme:

- Nach Außen: Kooperation statt Wettbewerb zw. Anbietern, erzeugen allokativer Ineffizienz (z.B. Preiskartell: Zu hohe Preise durch künstlich niedrig gehaltene Menge)
- Nach Innen: Jedes Mitglied hat Anreiz, gegen Absprachen zu verstoßen, führt zu insgesamt zu Zusammenbruch (z.B. Unterbieten des abgesprochenen Kartellpreises)
 - Individuell rational, kollektiv irrational
 - Stabilisierung möglich per: Kartellvertrag (verboten), Kooperation als wiederholtes Spiel und damit sich selbst durchsetzendem Vertrag, Marktinformationsverfahren

Kartellart	Wettbewerbspolitische Beurteilung
<ul style="list-style-type: none"> • Preis, Rabatt, Konditionen • Mengen, Gebiet 	Immer Wettbewerbsbeschränkend, generell zu verbieten
<ul style="list-style-type: none"> • Rationalisierung, Spezialisierung • Forschung&Entwicklung • strategische Allianzen 	Häufig Wettbewerbsbeschränkend, aber evtl. Synergieeffekte/Effizienzvorteile, differenzierte Ausnahmen vom Kartellverbot sinnvoll (Voraussetzungen auf EU-Ebene dafür: Effizienzvorteile oder Förderung techn. Fortschritt, Vorteile Verbraucher, Unerlässlichkeit der Beschränkung, keine Ausschaltung des Wettbewerbs)

Unternehmenskonzentration, Zusammenschlüsse, Fusionskontrolle

Ursachen der Konzentration:

- unterschiedliches Wachstum
- Marktein-/austritte
- externes Wachstum (Zusammenschlüssen)

Arten der Konzentration:

- horizontal: Auf derselben Wirtschaftsstufe (direkte Beziehung)
- vertikal: Aufeinanderfolgende Wirtschaftsstufen (Lieferanten-/Abnehmerbeziehung)
- konglomerat: keines davon

Auswirkungen steigender Konzentration:

- Effizienzvorteile (economies of scale)

- Geringere dyn. Effizienz durch sinkenden Innovationsdruck
- Verminderung des Wettbewerbs, Oligopol (Marktmacht, allokativen Ineffizienzen) wahrscheinlicher:

[Grafik siehe Skript oder FWE, aus urheberrechtlichen Gründen entfernt!]

Lösung: Fusionskontrolle, aber Kriterien umstritten, internationale Regeln unerlässlich

- In BRD: Entstehen Marktbeherrschende Stellung - aber Ministererlaubnis
- In EU: Beeinträchtigung eines wirksamen Wettbewerbs

Missbrauchsverbot für Marktbeherrschende Unternehmen

Problem: Unternehmen mit Marktmacht haben nicht ausreichend kontrollierten Verhaltensspielraum, der Missbrauch ermöglicht → Missbrauchsverbot als Zusatz

5) Unteilbarkeiten, nat. Monopol, Regulierung

Probleme der Funktionsfähigkeit der Märkte

Definition: Kein Wettbewerb möglich durch technologische Gegebenheiten, die die Kosten bei steigender Menge sinken lassen → natürliches Monopol

Ursachen: Sinkende Durchschnittskosten bzw. Subadditivität der Kostenfunktion

- Netzwerkevorteile: Zusätzliche Netznutzung führt zu geringeren Kosten oder höherem Nutzen
- mangelnde Teilbarkeit der Produktionsfaktoren → Unteilbarkeit (Marktversagen)
- Mindesteinsatzmengen der Produktionsfaktoren (Fixkostendegression)

Problem: $P = GK$ würde zu Verlusten führen, da $DK > GK = P$ (Defizitproblem), natürlicher Monopolist wählt also $P = GE$

→ Erzeugt dead weight loss und Marktmacht, verringert dyn. Effizienz da kein Wettbewerbsdruck

Lösung: Potentieller Wettbewerb

- Monopolist darf P setzen → löst Defizitproblem
- Mehrere Unternehmen konkurrieren um Monopolposition, durch Markteintrittsmöglichkeit wird Marktmacht durch potentielle Konkurrenz kontrolliert und Monopolist muss $P = DK$ setzen
→ Löst Marktmachtproblem und dyn. Effizienz-Problem

Aber: Fehlende sunk costs selten gegeben, daher wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig, wenn Subadditivität und Irreversibilität vorliegen

[Grafik siehe Skript oder FWE, aus urheberrechtlichen Gründen entfernt!]

Wirtschaftspolitische Regulierung natürlicher Monopole

Eingrenzung des Aktivitätsbereiches

Definition: Monopole beinhalten häufig mehr Bereiche als durch nat. Monopol gerechtfertigt
Lösung: Deregulierung

Arten:

- Begrenzung Aktivitäten auf nat. monopolbereich
- Abseits davon wird Wettbewerb zugelassen → Voraussetzung: Diskriminierungsfreier Zugang
- Innerhalb des Monopols → Regulierung

Preisregulierungen

Definition: Lösung Marktmarktproblem durch an Kosten (etc.) ausgerichtete Preisregulierung

Arten	Ausprägungen
Pflicht zu $P = GK$	Defizitabdeckung durch Staat Vorteile: statische Effizienz, kein Marktmarktprob. Nachteile: Finanzierung, Feststellung der GK, dyn. Ineffizienz
Defizitabdeckung durch Preisdifferenzierung	gestaffelte Tarife nach Abnahmemenge, auch zweiteilig (Grundgebühr + Verbrauch)
Renditenregulierung	Regulierung der Verzinsung des eingesetzten Kapitals, Preissetzung nach Marktzins plus Risikoaufschlag
Preisobergrenzen	Obergrenze nach Inflation und Produktivitätsentwicklung festgelegt, Anreiz zur Kostensenkung
Verteilungspolitische Preisvorgaben	Vorgaben, dass Netzanschluss immer gleichen Preis haben muss, auch wenn z.B. geografisch bedingt die Kosten unterschiedlich hoch sind

6) Informationsmängel und Verbraucherpolitik

Problem: Individuen verfügen *nicht* über vollständige Information (entgegen der klass.Modellannahmen), denn laut Informationsökonomik:

- Informationen erfordern Kosten → vollst. Information nicht Kostenoptimal
- beschränkte Rationalität → Aufnahme und Verarbeitung von Informationen begrenzt
- Verhaltensanomalien / Behavioral Economics

Arten:

- Unsicherheit: Fehlende Informationen über Zukunft, auch mit großen Kosten nur tlw. zu beschaffen
- Unkenntnis: Informationen wären zu beschaffen, fehlen aber
- Asymmetrische Information: Marktteilnehmer sind unterschiedlich informiert

Folge: Informationsmängel führen zu Marktversagen

Lösung: Verbraucherpolitik, um Informationsmängel bei Verbrauchern zu beseitigen

Marktversagen durch asymmetrische Information (Adverse Selektion, Moral Hazard)

Qualitätsunterschiede und Adverse Selektion

Gutstyp	Charakteristika der Qualität	Inform.-Asymm.
neoklassisch-homogen	Vor Vertragsschluss vollständig bekannt	Null
Such- / Inspektionsgut	Vor Vertragsschluss zu geringen Kosten erkennbar	gering
Erfahrungsgut	Nach Konsum vollst. bekannt, vorab nur zu hohen Kosten	mittel
Vertrauens- / Glaubensgut	Weder vorher einschätzbar, noch nach Konsum bekannt	hoch

Informationsasymmetrie	Ursache	Folgen
zu Lasten Nachfrager <i>Beispiel: Gebrauchtwagen</i>	Nachfrager können nicht bzw. schlecht zwischen guter und schlechter Qualität unterscheiden	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschließlicher Handel minderwertiger Güter zu niedrigeren Preisen • Höherwertige Güter werden zu niedrigem Marktpreis nicht mehr angeboten • Marktversagen durch adverse Selektion, da bei Handel höherwertiger Güter eigentlich Tauschgewinne möglich wären
zu Lasten Anbieter <i>Beispiele: Versicherungen, Kredite</i>	Anbieter verfügen nicht über Informationen über die Risiken (oder bei Erfolgsaussichten) ihrer Nachfrager,	<ul style="list-style-type: none"> • Nachfrager mit "guten" Risiken sind nicht bereit, den für sie höheren, gemittelten Tarif zu bezahlen • Durch die verbleibenden Nachfrager mit "schlechten" Risiken steigt daher

	<p>“gute” und “schlechte” Nachfrager werden daher gemittelt und bekommen z.B. gleiche Tarife angeboten</p>	<p>Prämie noch weiter an • “Gute” Nachfrager steigen komplett aus, ihr Markt bricht zusammen</p>
--	--	--

Moral hazard

Probleme:

1. Nachfrager könnten sich nach Vertragsschluss anders (risikofreudiger) verhalten, da sie sicher sind, das ihr Risiko zu bestimmten Grad abgesichert ist (ex-post Opportunismus).
2. Anbieter kann Nachfrage selbst induzieren, da Informationsvorteil ggü. Nachfrager und Drittem

Ursache:

1. Informationsasymmetrien verhindern die Kontrolle eines vertragswidrigen Verhaltens der Nachfrager durch die Anbieter.
2. Informationsmängel des Nachfragers, fehlende Kontrollanreize auf Nachfragerseite

Folgen:

1. Kosten steigen durch risikoaffines Verhalten einzelner insgesamt an, so dass risikoaverse Individuen zunehmend aus dem Markt aussteigen
→ Marktversagen durch adverse Selektion, vorallem Zusammenbruch für Risikoaverse
2. Unnötiges Angebot, höhere Kosten → alloкатive Ineffizienz

Verbraucherpolitische Lösung bei asymmetrischer Information

Idee:

- Einschränkung der Vertragsfreiheit zum Verbraucherschutz
- Bereitstellung von Verbraucherinformationen zum Abbau der Informationsasymmetrien
- Schutz des Verbrauchers vor falschen Entscheidungen (z.B. Gesundheitsgefährdung)

Instrumente:

- staatliche Informationsbereitstellung
- Informationspflicht/Warnhinweispflicht
- Setzen & Überwachen von Standards
- Genehmigungspflichten
- Haftungsrecht
- Garantiepflcht

Aber:

- Eingriff nur, wenn Marktlösungen nicht ausreichen
- Informationsbereitstellung besser als Beschränkung der Vertragsfreiheit

Probleme: Konflikt zwischen Produzenteninteressen und Verbraucherschutz

- Produzenten haben generell Interesse an laxen Regulierungen
- Produzenten haben aber Interesse an restriktiven Regulierungen, wenn sie Wettbewerber vom Markt fernhalten wollen
- Lobbytätigkeit der Produzenten zum Rentseeking
- Paternalismusvorwurf: Verbraucherschutz und Einschränkung der Vertragsfreiheit sind staatliche Bevormundung (vgl. auch “soft paternalism”)

Marktlösung bei asymmetrischer Information (Screening, Signaling)

Screening

Idee: Informationsbeschaffung des Nachfragers über Qualität der angebotenen Güter, optimaler Umfang:

GE = GK der Informationssuche

Arten:

- Intermediäre zur Informationssammlung und -verbreitung (Informationsdienste, Fachzeitschriften)
- Einschaltung Dritter mit Fachkompetenz (Anlageberater)

Probleme:

- evtl. wieder Marktversagen: Interessenkonflikte (principal-agent-Problem), neue Asymmetrien
- Hohe Kosten
- Nicht alle Informationen grundsätzlich beschaffbar

Signaling

Idee: Bereitstellung der Information von der Marktseite mit besserer Informationslage, da hoher Anreiz dass die Gegenseite über bessere Qualität informiert ist

Problem: Darstellung und Glaubwürdigkeit der Information

Arten	Maßnahmen	Wirkung
Markenbildung	<ul style="list-style-type: none"> • Voraussetzung: Marken- / Warenzeichenrecht • Investition in Reputation (z.B. per Werbung) • Versprechen hoher Qualität durch Bekanntheit • Verstärkung durch: häufigen Kauf, leichte Qualitätsfeststellung, langfristige Marktteilnahme 	<ul style="list-style-type: none"> • Glaubwürdiges Signal, da Reputationskosten irreversibel • Hohe Kosten für Konsumenten
Garantieversprechen	<ul style="list-style-type: none"> • Weitreichendes Einräumen von Garantien über Funktionsfähigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • hohe Signalwirkung über Qualität • hohe Glaubwürdigkeit
Selbstbehalt	<ul style="list-style-type: none"> • Nachfragerseitiges Signaling der Bereitschaft, einen Teil der Risiken selber zu bezahlen • Selbsteinstufung der Nachfrager nach eig. Risiko 	<ul style="list-style-type: none"> • begrenzt moral hazard • Vermindert adverse Selektion dank Selbstselektion
Schadenfreiheitsrabatte	<ul style="list-style-type: none"> • Rückerstattung bei Nichtinanspruchnahme • Einstufung nach bisheriger Inanspruchnahme 	<ul style="list-style-type: none"> • Anreiz zur Inanspruchnahme-Reduzierung

7) Sozialpolitik

Grundsätzliches

Problem: Märkte führen nicht zu gewünschtem (Verteilungs-)Ergebnis

- Ungleiche Einkommensverteilung
- Keine Absicherung des Existenzminimums
- Keine ökonomische Absicherung von Lebensrisiken

Lösung: Soziale Sicherung als Teil der Staatsaufgaben, da gesellschaftlicher Konsens über Verantwortung des Staates, soziale Grundziele zu sichern

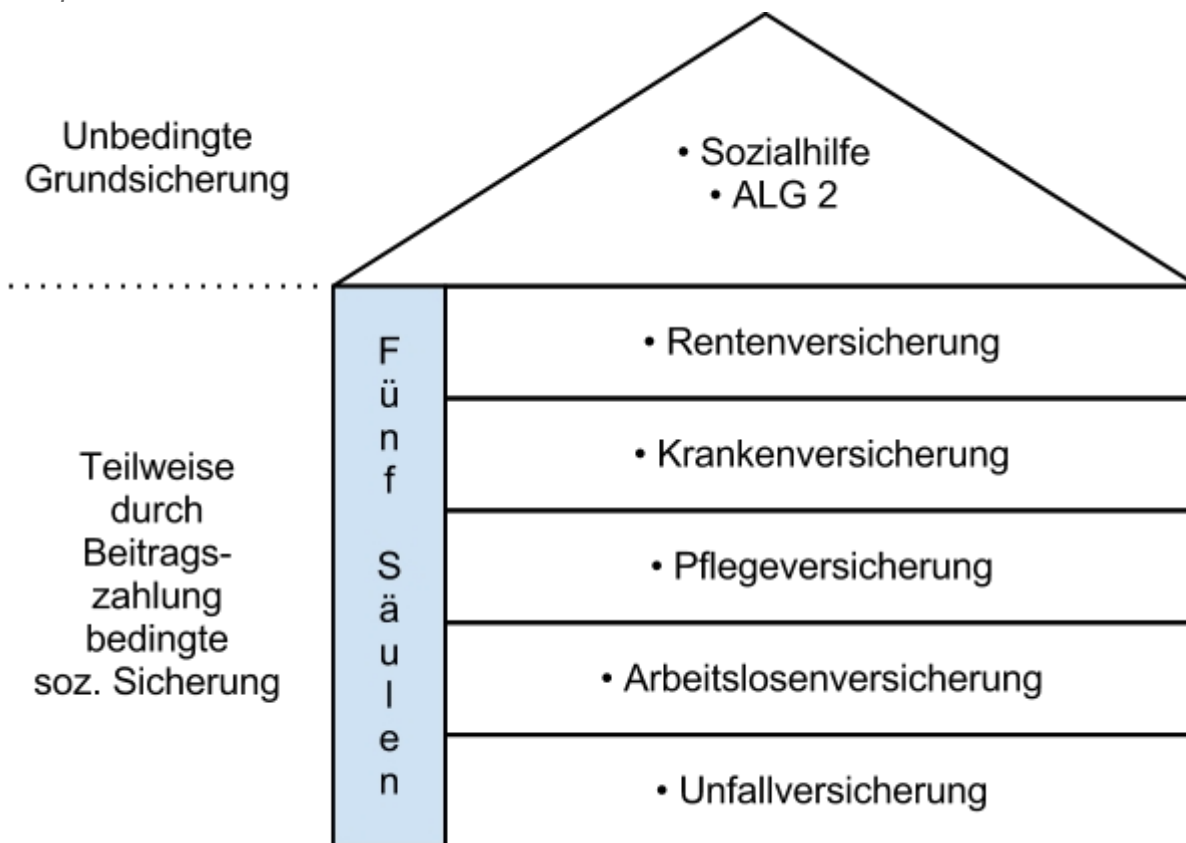
Ziele:

- Absicherung Lebensrisiken: Ökonomischer Sicherung von Risiken (z.B. Tod, Krankheit, Unfällen, Arbeitslosigkeit, Behinderungen) zum Erhalt des Lebensstandards
- Mindestabsicherung zur Armutsbekämpfung: Mindestausstattung an aus Menschenrechten abgeleiteten Grundbedürfnissen (Essen, Wohnen, Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Kultur, etc.) sicherstellen
- Bekämpfung Ungleichheit: Trotz ungleicher Einkommens- / Vermögensverteilung soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit herstellen

Aber:

- Abwägung Marktversagen \Leftrightarrow Staatsversagen
- Langfristige Finanzierbarkeit?
- Reichweite und Ausgestaltung der Staatsaufgaben?

Gestaltungsprinzip	Ausprägung
Versicherung	Erwerb eines Leistungsanspruchs für das Eintreten eines Schadensereignisses (z.B. Einzahlung in AL-Versicherung und ALG bei Eintritt AL)
Äquivalenz	Konkretisierung Versicherungsprinzip: Kalkulation der Beiträge nach Erwartungswert der zu beanspruchenden Leistung des Versicherungsnehmers (z.B. Rente)
Versorgung	Gewährung öff. Leistung per Rechtsanspruch, nicht aufgrund von Beitragszahlung (z.B. Elterngeld)
Fürsorge	Gewährung öff. Leistungen nach Bedürftigkeit bzw. in Notlagen (z.B. Sozialhilfe bzw. jetzt ALG2)



Normative und theoretische Begründungen der Sozialpolitik

Normative Ansätze	Ausprägung
Paretoeffizienz	Allokationstheorie sagt nichts über Verteilungen aus, aber Umverteilungen erfüllen auch nicht Paretokriterium - können aber trotzdem Effizienz erhöhen: <ul style="list-style-type: none"> • Nutzenfunktion des Zahlers kann Nutzen des Empfängers enthalten (soz. Zweck von Spenden \leftrightarrow freiw. Umverteilung) • Zwangsweise Umverteilung beseitigt Gefangenendilemma bei Zahlern • Umverteilung effizienzerhöhend, wenn damit z.B. Kriminalität gesenkt wird
Konstitutionenökonomie	<ul style="list-style-type: none"> • Zustimmung aller zu Umverteilungssystem • Gegenseitige Versicherung gegen Armut
Rawls Maximin-Prinzip	Maximieren des Einkommens des ärmsten Individuums
Utilitaristische Ansätze	Maximierung gesellschaftlicher Wohlfahrtsfunktion, die sich aus Nutzenfunktionen aller Mitglieder aggregiert
Freiheitliche Ansätze	Zwangsweise Umverteilung kann gegen individuelle Freiheit verstoßen

Ziele der Sozialpolitik

Mindestabsicherung	Ungleichheitsbekämpfung	Lebensrisikoabsicherung
<p>Bekämpfung absoluter und relativer Armut, grundsätzlich unumstritten</p> <p><u>Begründung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Menschen-/ Grundrechte • Zustimmung zur wechselseitigen Versicherung unter Schleier der Ungewissheit <p><u>Probleme:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Höhe, Umfang, Bedingungen sind aus Präferenzen der Bürger ableitbar, aber umstritten • Wie konkret abzuleiten? • Bedingungsloses Grundeinkommen praktikabler? 	<p>Umverteilung abseits von Mindestabsicherung zur Reduzierung Ungleichheit begrenzt begründbar</p> <p><u>Konzepte:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Verteilungsgerechtigkeit: Bezug auf Ungleichverteilung, Herstellung von entweder absoluter Gleichheit oder Bedarfsgerechtigkeit bei Notwendigkeit • Leistungsgerechtigkeit: Einkommen soll nur Leistung des Individuums widerspiegeln (also $w=GK$, Gewinne gleich Leistungsgewinne - nicht zB. Monopolgewinn/Betrug) • Gleich faire Regeln für alle (unter Akzeptanz ungleicher Marktergebnisse) <p><u>Problem:</u> Leistungsanreize, daher trade-off Wachstum \leftrightarrow Gleichheit</p>	<p>Staatliche <u>Lösung</u> von:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Marktversagen bei priv. Versicherungen (vgl. Informationsasymmetrien) • unzureichende Umverteilung über Markt, geringere Ungleichheit oder spezifische Ziele wären erreichbar • Zu hohen Versicherungskosten, als das alle Mitglieder der Gesellschaft sich diese leisten könnten <p><u>Beispiele:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Krankenversicherung: PKV möglich, aber Informations- und Rationalitätsprobleme mit hohen Prämien für Risikogruppen, Familien etc. - daher staatliche Grundversorgung durch Zwangsmitgliedschaft in GKV, freiw. Zusatzversicherungen möglich • AL-Versicherung: AL nicht versicherbar, da Ereignis nicht unabhängig (AL auch konjunkturabhängig) - Prämien würden individuellen Risiken entsprechen, private AL daher kaum anbietbar • Rentenversicherung: Generell privat realisierbar, Prämie nach Langlebigkeit, wenig Infoasym. da beide Seiten das Sterberisiko kaum exaktbestimmen können - aber langfristige Sicherheit der Kapitalanlagen muss gegeben sein (Regulierung!), Rationalitätsprobleme, evtl. muss staatliche Mindestabsicherung hergestellt werden über direkte Grundrente/Sozialhilfe

8) Probleme und Grenzen staatl. Wirtschaftspolitik

Ursachen des Staatsversagens

Problem	Ausprägung
Wissen	<ul style="list-style-type: none"> • Zu geringes Wissen der Akteure der Wirtschaftspolitik, um zur Zielerreichung in ökonomische Prozesse eingreifen zu können • Nichtzentralisierbarkeit verstreuten Wissens → Gefahr des Staatsversagens: Maßnahmen haben mehr Schaden als Nutzen
Steuerung	<ul style="list-style-type: none"> • Grenzen der Steuerbarkeit komplexer Gesellschaften • Steuerung ökon. Prozesse auf bestimmte Ziele in arbeitsteiliger Gesellschaft nicht mehr möglich → Gefahr des Staatsversagens: Maßnahmen haben mehr Schaden als Nutzen
Rentseeking	Principal-agent-Problem bzw. Gefahr des Missbrauchs staatl. Macht zum Rentseeking per eigener, ungerechtfertigter Umverteilungen → Gefahr des Staatsversagens: Gesamtgesellschaftliches Gefangenendilemma
Information	<ul style="list-style-type: none"> • Aktualität der Informationen nicht gegeben • Informationen selbst benötigen Ressourcen und Zeit (=Kosten)
Theorie	<ul style="list-style-type: none"> • Keine bewährten Theorien verfügbar • Mehrere konkurrierende Theorien verfügbar
Prognose	<ul style="list-style-type: none"> • Mangel an Theorien und Informationen für Zukunftsprognosen • Zeitverzögerung bei Maßnahmen (Wirkungen kommen zu spät) - daher nicht klar, ob Prognose sich nicht selbst erfüllt oder zerstört hat
Lobbyismus	<ul style="list-style-type: none"> • Behinderung, Verzögerung, Verwässerung wipol. Lösungen durch Interessengruppen • Stimmentausch unter Interessengruppen, Umverteilung durch Koalitionen ausgehandelt
Neben- und Folgewirkungen	<ul style="list-style-type: none"> • z.B. Kündigungsschutz ⇔ Verhinderung Neueinstellungen • z.B. Mieterschutz ⇔ Anreize zum Bau von Mietwohnungen
Interventionspiralen	<ul style="list-style-type: none"> • Gefahr der Notwendigkeit kumulativer Eingriffe durch Marktinkonforme WiPol. • z.B. Mindestpreise im Agrarsektor

Definition Staatsversagen: Hauptsächlich über die ersten drei Problemtypen (vgl. F.A. Hayek)

Wirtschaftspolitische Lösungen

Grundsätzlich: Abwägung zwischen Markt- und Staatsversagen!

Strategie	Grundidee	Ausgestaltung
Liberalisierung Deregulierung Privatisierung	Problemlösungen dem sich selbststeuernden Markt überlassen	<ul style="list-style-type: none"> • Liberalisierung: Individuelle Entscheidungsrechte ggü. kollektiven stärken • Deregulierung: Abbau von Regulierungen zur Stärkung des Wettbewerbs • Privatisierung: Verkauf staatlicher, nicht zwingend öffentlich zu betreibender Unternehmen an private Eigentümer
Ordnungspolitik: Gestaltung institutioneller Rahmenbedingungen	WiPol möglichst als Ordnungspolitik betreiben, so wenig wie möglich als prozesssteuernde Politik → Primat der Ordnungspolitik → Ablehnung des Interventionismus	<ul style="list-style-type: none"> • Möglichst weitgehende Selbststeuerung der Wirtschaft über Markt statt staatl. Direktsteuerung, da dieser damit überfordert ist (Wissensprobleme, Rentseeking, etc.) • Gestaltung der Regeln so, dass Selbststeuerungsmechanismen des Marktes nutzbar werden • Ordnungspolitik weniger anfällig für o.g. Probleme als interventionistische Prozesspolitik

Exkurs: Herausforderungen und Chancen im globalisierten Standortwettbewerb

Idee: Wirtschaftspolitik steht selbst unter Wettbewerbsdruck durch Internationalisierung von Märkten (durch Liberalisierung und sinkenden Transport-/Kommunikationskosten) und daher Zunahme des internationalen Wettbewerbs zwischen Unternehmen auf Gütermärkten.

Definition: Standortwettbewerb

- Übertragung Marktconcept auf "Erstellung" staatlicher Leistungen
- Analogien
 - Gebietskörperschaft = Unternehmen
 - Management = Regierung
 - öff. Leistungen/Regeln = Produkte
 - Steuern = Preis
 - Arbeit/Kapital (mobil) = Nachfrager

Daher: Zunehmender Wettbewerb zwischen Staaten um Attraktivität ihrer Institutionellen Rahmenbedingungen für Unternehmen und Investitionen

→ Gute Wettbewerbspolitik ist Wettbewerbsvorteil im Standortwettbewerb!

Probleme:

- Globaler institutioneller Rahmen notwendig für intern. Wettbewerb zwischen Unternehmen und Standorten
- Funktionsfähigkeit des Standortwettbewerbkonzeptes?